

Rechenschaftsbericht

zur

Jahresrechnung 2019

I) Einnahmen und Ausgaben

1. Verwaltungshaushalt Einnahmen

Die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushaltes in Höhe von 41.631.459,89 Euro lagen am Ende des Jahres gegenüber dem Ansatz im Haushaltsplan (37.845.200 Euro) um rund 10 % höher.

Der im Haushalt veranschlagte Betrag von zu erwartenden Einnahmen der Grundsteuer A in Höhe von 21.000 Euro wurde um 1.053,23 Euro unterschritten, der Ansatz der Grundsteuer B mit 1,8 Mio. Euro wurde um 87.867,25 Euro unterschritten (*4,1 % der Einnahmen*).

Bei den Gewerbesteuereinnahmen wurde um ca. 1,74 Mio. Euro mehr erzielt als geplant und somit insgesamt rund 15,24 Mio. Euro eingenommen (Ansatz 13,5 Mio. Euro) (*36,6 % der Einnahmen*).

Der Einkommensteueranteil fiel mit rund 11,92 Mio. Euro um ca. 83 Tsd. Euro niedriger aus als erwartet (Ansatz: 12,0 Mio. Euro) (*28,6 % der Einnahmen*). Die Beteiligung an der Umsatzsteuer hat den Ansatz um ca. 234 Tsd. Euro (Ansatz: 1,9 Mio. Euro) überschritten (*5,1 % der Einnahmen*).

Sonstige allgemeine Zuweisungen vom Land lagen mit einer Gesamtsumme von rund 1,84 Mio. Euro um rund 288 Tsd. Euro über der Planung (Ansatz: 1,55 Mio. Euro) (*4,4 % der Einnahmen*).

Die Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb überschritten um rund 887 Tsd. Euro und somit insgesamt 5,84 Mio. Euro die erwarteten Einnahmen (Ansatz: 4,96 Mio. Euro). Eine exakte Schätzung ist selten möglich, da die Einnahmen in erster Linie abhängig sind von der Zahl der Bürgeranträge (Pässe, Bescheinigungen, Ausweise u.ä.) sowie der kindbezogenen Förderung nach BayKiBiG (*14,0 % der Einnahmen*).

Die Zinseinnahmen incl. Konzessionsabgaben lagen mit einem Minus von insgesamt lediglich 517 Euro fast exakt bei den Erwartungen (Ansatz: 405 Tsd. Euro); Grund dafür sind geringe Mindereinnahmen insbesondere bei den Konzessionsabgaben (*1,0 % der Einnahmen*).

Nach Berücksichtigung aller sonstigen Zuweisungen und Einnahmen wurden im **Verwaltungshaushalt insgesamt um ca. 3,79 Mio. Euro und damit 10 % mehr eingenommen** als veranschlagt.

2. Verwaltungshaushalt Ausgaben

Die veranschlagten Personalausgaben in Höhe von 8,07 Mio. Euro wurden bei einem Ergebnis von rund 7,3 Mio. Euro um rund 777 Tsd. Euro unterschritten (*17,5 % der Ausgaben*).

Durch sparsame Bewirtschaftung und Einsparungen ist es auch gelungen, den Ansatz von 8,07 Mio. Euro für den sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand mit tatsächlichen Ausgaben in Höhe von 7,64 Mio. Euro (d.h. um ca. 423 Tsd. Euro weniger) nicht auszuschöpfen (*18,4 % der Ausgaben*).

Allerdings wurde bei den Zuweisungen und Zuschüssen der Ansatz von 7,17 Mio. Euro um rund 205 Tsd. Euro überschritten. Hierunter fallen insbesondere die kindbezogene Förderung nach BayKiBiG, die Verbandsumlagen an Schul- und Zweckverband sowie die Schuldendiensthilfen für den Zweckverband Gymnasium und Realschule (*17,7 % der Ausgaben*).

Bei der Gewerbesteuerumlage waren im Vergleich zum Ansatz in Höhe von 3,0 Mio. Euro insgesamt tatsächlich rund 3,05 Mio. Euro zu bezahlen (7,3 % der Ausgaben).

Die Kreisumlage war in Höhe von 9,31 Mio. Euro wie veranschlagt zu bezahlen (22,4 % der Ausgaben).

Die Zinsausgaben für bestehende Darlehen beliefen sich auf rund 367 Tsd. Euro; sie blieben damit aufgrund günstiger Umschuldungen um 205 Tsd. Euro deutlich unter dem Ansatz von 572 Tsd. Euro (0,9 % der Ausgaben).

Laut Ansatz 2019 sollte eine Zuführung zum Vermögenshaushalt in Höhe von 1.549.200 Euro erreicht werden. Insbesondere aufgrund des kräftigen Anstiegs bei den Gewerbe- sowie den Umsatzsteuereinnahmen, aus sonstigen Verwaltungseinnahmen (insbesondere durch Umsatzsteuerrückvergütung vom Finanzamt), Ausgleichszahlungen aus Umlegungsgeschäften sowie durch Minderausgaben in anderen Bereichen (z.B.: Personal-, Unterhaltsausgaben) konnte **tatsächlich eine Zuführung zum Vermögenshaushalt in Höhe von 6.563.315,47 Euro erzielt werden** (15,8 % der Ausgaben).

Nicht außer Acht gelassen werden darf aber auch die Tatsache, dass vorgesehene Unterhalts-, Sanierungs- und sonstige Investitionsvorhaben teilweise nicht oder noch nicht endgültig realisiert wurden bzw. werden konnten und daher auch mit zeitlicher Verzögerung zum Tragen kommen werden (nähere Erläuterung s. unter II).

3. Vermögenshaushalt Einnahmen

Die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben des Vermögenshaushaltes in Höhe von 14.781.363,16 Euro erwiesen sich am Ende des Jahres gegenüber dem Ansatz im Haushaltsplan 16.244.800 Euro um 9,0 % niedriger.

Die höchsten Einnahmen sollten laut Haushaltsplanung durch eine Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage in Höhe von 7,853 Mio. Euro erfolgen. Tatsächlich wurden im Laufe des Jahres auch 6,0 Mio. Euro entnommen, wobei im Ergebnis allerdings wieder 3,9 Mio. Euro zugeführt werden konnten, so dass im Endeffekt lediglich 2,1 Mio. Euro tatsächlich der Rücklage entnommen werden mussten.

Eine weitere Einnahme des Vermögenshaushaltes war durch eine Zuführung vom Verwaltungshaushalt in Höhe von rund 1,55 Mio. Euro geplant, welche im Ergebnis tatsächlich in Höhe von rund 6,56 Mio. Euro realisiert werden konnte (44,4 % der Einnahmen).

Im Jahr 2019 wurden Einnahmen aus Erschließungsbeiträgen in Höhe von 250 Tsd. Euro veranschlagt, realisiert werden konnten allerdings hier keine Einnahmen. Die Erhebung von Erschließungsbeiträgen ist von den Baumaßnahmen an Straßen abhängig. Wenn keine Bauausgaben getätigt bzw. entsprechende Maßnahmen nicht endgültig abgeschlossen werden, können auch keine Erschließungsbeiträge erhoben werden, sodass ein großes Haushaltsdefizit nicht entstehen kann.

Weitere Entgelte aus städtebaulichen Verträgen waren in Höhe von 3,84 Mio. Euro eingeplant, hier waren noch keine Einnahmen zu verzeichnen.

Erlöse aus Grundstücksverkäufen waren in Höhe von 600 Tsd. Euro vorgesehen – tatsächlich konnten hier Einnahmen in Höhe von rund 864 Tsd. Euro erzielt werden.

Bei den Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wurden von den veranschlagten 2,15 Mio. Euro lediglich ca. 1,35 Mio. Euro erreicht (9,1 % der Einnahmen).

Insgesamt wurde um **ca. 1,46 Mio. Euro und damit rund 9,0 % weniger eingenommen** als geplant. Dieses Ergebnis resultiert in erster Linie aus den (noch) nicht geflossenen Einnahmen aus städtebaulichen Verträgen.

4. Vermögenshaushalt Ausgaben

Für den Erwerb von Grundstücken wurden Ausgaben in Höhe von rund 363 Tsd. Euro getätigt, im Haushaltsplan veranschlagt waren 983 Tsd. Euro.

Hoch- und Tiefbaumaßnahmen wurden bei einem Ansatz von 12,06 Mio. Euro mit insgesamt rund 8,5 Mio. Euro realisiert (im Einzelnen s.u.) (57,5 % der Ausgaben).

Der Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens erforderte Ausgaben in Höhe von rund 458 Tsd. Euro (Ansatz: 908 Tsd. Euro) (3,1 % der Ausgaben).

Für den Erwerb von Beteiligungen und Kapitaleinlagen wurden z.T. Haushaltsausgabereste gebildet, insgesamt verausgabt somit 118 Tsd. € (Ansatz: 115 Tsd. Euro) (0,8 % der Ausgaben).

Darunter fallen die Ausgaben für das *Projekt Geothermie* (hier wurden die veranschlagten 100 Tsd. Euro noch nicht abgerufen).

Die Tilgungsausgaben zur Tilgung von Krediten beliefen sich auf rund 643 Tsd. Euro (Ansatz: 943 Tsd. Euro) (4,4 % der Ausgaben).

Für Investitionszuweisungen, in erster Linie an den Schulverband Mittelschule sowie an die Sportvereine wurden rund 795 Tsd. Euro und damit ca. 442 Tsd. Euro weniger als veranschlagt benötigt (Ansatz: 1,24 Mio. Euro) (5,4 % der Ausgaben).

Die wichtigsten Ausgaben für Hoch- und Tiefbaumaßnahmen im Einzelnen unter Berücksichtigung der Bildung von neuen Haushaltsausgaberesten (HAR) – neue HAR insgesamt 3,17 Mio. Euro:

Hochbau:	Neubau Rathaus	1,7 Mio. Euro (davon 966 Tsd. Euro HAR)
	Neubau Kinderhaus	5,5 Mio. Euro (davon 1,8 Mio. Euro HAR)
Tiefbau:	Sanierung versch. Spielplätze	272 Tsd. Euro (davon 77 Tsd. Euro HAR)
	Lärmschutzwall bis St. 2082 (Ablöse)	327 Tsd. Euro
	Geh- und Radwegenetz	116 Tsd. Euro
	Allgemeine Straßenbaumaßnahmen	112 Tsd. Euro
	Aufforstung von Ersatz- und Ausgleichsflächen	98 Tsd. Euro

Es bestehen außerdem noch alte Haushaltsausgabereste aus Vorjahren in Höhe von insgesamt rund 2,6 Mio. Euro, welche bereits den Vorjahren den Ausgaben zugerechnet wurden, deren Finanzierung (= Geldfluss) aber erst bei Realisierung tatsächlich erforderlich wird.

Den größten, unvorhergesehenen, aber positiven Ausgabeposten stellt nach Abschluss der Jahresrechnung die Zuführung zur allgemeinen Rücklage in Höhe von rund 3,9 Mio. Euro dar (26,4 % der Ausgaben).

II) Rücklagen

Der Rücklagenstand betrug zu Beginn des Jahres 2019:	15.966.159 Euro
Ende 2019 bzw. zum 01.01.2020:	13.864.778 Euro

(unter Berücksichtigung des Abschlusses Jahresrechnung Schulverband mit Rückzahlung Überschuss an Verbandsgemeinden)

Das entspricht einer Rücklage pro Einwohner in Höhe von 1.067,26 Euro zum 31.12.2018 (bei einem Einwohnerstand von 12.991 EW zum 31.12.2019 gem. Daten des gdl. EWO).

Der Allgemeinen Rücklage können entgegen der ursprünglichen Planung nach Abschluss des Jahres 2019 im Laufe des Jahres 2020 insgesamt **3.898.618,91 Euro zugeführt** werden. Zu berücksichtigen ist hierbei jedoch, dass bereits im Laufe des Jahres 2019 insgesamt 6 Mio. Euro entnommen werden mussten. Dies bedeutet, dass insgesamt trotzdem eine Entnahme aus der Rücklage von ca. 2,1 Mio. Euro erforderlich war. Der Hauptgrund für dieses gegenüber der Planung positivere Ergebnis ist zum einen in den Steuer-Mehreinnahmen, zum anderen in den Minderausgaben wegen noch nicht realisierter Investitionsmaßnahmen im VmH zu finden, sodass der **Rücklagenstand zum Ende des Jahres 2019 knapp 14 Mio. Euro** beträgt.

Aber zur Beachtung: Bei diesem angegebenen Rücklagenstand handelt es sich um einen Bestand, der nur begrenzt zur tatsächlichen Entnahme zur Verfügung stehen kann, da hier auch die Betriebsmittel der Kasse zur Abwicklung des täglichen Zahlungsverkehrs enthalten sind (mind. ca. 3 - 4 Mio. €) und zur Vorfinanzierung verschiedener Investitionen benötigt wird!
Daher sollten künftige Rücklagenentnahmen, auch in Anbetracht der noch günstigen Kreditzinsen, nur mit Bedacht getätigt werden.

Erläuterung zum aktuellen Rücklagenstand:

Folgende wichtigste Gründe für dieses Ergebnis:

- * im Verwaltungshaushalt:
 - Mehreinnahmen bei den Steuern in Höhe von ca. 2,1 Mio. Euro sowie bei
 - Sonstigen Finanzeinnahmen in Höhe von 797 Tsd. Euro
 - Minderausgaben bei Personal und Betrieb in Höhe von zusammen ca. 1,2 Mio. Euro
- * im Vermögenshaushalt:
 - Minderausgaben im Hoch- und Tiefbau in Höhe von ca. 3,6 Mio. Euro, beim Erwerb von Anlagevermögen ca. 1,1 Mio. Euro (davon beim Grunderwerb in Höhe von rund 631 Tsd. Euro)

Als Konsequenz stellt sich der Stand der allgemeinen Rücklage zum Beginn des Jahres 2020 deutlich höher als ursprünglich geplant dar.

III) Schulden

Der Schuldenstand betrug zu Beginn des Jahres 2019:	23.774.153 Euro
<i>bzw. nach Ausführung Kreditermächtigung aus 2018 im Jahr 2019:</i>	<i>28.049.153 Euro</i>
Ende 2019 bzw. zum 01.01.2020:	27.405.801 Euro

Das entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von 2.109,59 Euro zum 31.12.2019 (bei einem Einwohnerstand von 12.991 EW zum 31.12.2019 gem. Daten des gdl. EWO).

IV) Gegenüberstellung Ansatz 2019 - Ergebnis 2019

	Ansatz 2019 in Euro	Ergebnis 2019 in Euro
Verwaltungshaushalt	37.845.200,00	41.631.459,89
Vermögenshaushalt	16.244.800,00	14.781.363,16
Gesamthaushalt	54.090.000,00	56.412.823,05 ➡ 4,29 % mehr

Kirchheim, den 30.03.2020
Christine Brunner-Ernst